

Antrag

der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Nicole Maisch, Harald Ebner, Bärbel Höhn, Steffi Lemke, Markus Tressel, Uwe Kekeritz, Cordula Schulz-Asche, Özcan Mutlu, Renate Künast, Annalena Baerbock, Matthias Gastel, Kai Gehring, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sofortmaßnahmen für die Agrarwende – Für eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft und gutes Essen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Art und Weise, wie wir unsere Lebensmittel produzieren und konsumieren, ist eine der zentralen ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit. Wie eine zukünftige Landwirtschaft gestaltet werden kann und soll, bewegt gleichermaßen Bäuerinnen und Bauern wie die gesamte Gesellschaft. Was für eine Land- und Lebensmittelwirtschaft wollen wir? Wie soll unser tägliches Brot erzeugt werden? Und welche Auswirkungen sind wir bereit, dafür in Kauf zu nehmen?

Die gegenwärtige Agrarpolitik hat schwerwiegende Folgen für Menschen, Tiere und unsere Umwelt. Gefährliche Keime durch übermäßigen Antibiotika-Einsatz in der Massentierhaltung, tierquälerische Missstände in Riesenställen, Monokulturen und rapides Artensterben, das Anheizen der Klimakrise durch die industrielle Landwirtschaft, Landraub und Umweltzerstörung für die Produktion von Viehfutter in großen Teilen der Welt, verseuchtes Grundwasser und überdüngte Böden zählen zu den offensichtlichen Missständen, die durch die agrarpolitische Fehlsteuerung verursacht oder begünstigt werden.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass heute 50 Prozent weniger Vögel als noch vor 30 Jahren auf unseren landwirtschaftlichen Flächen leben, Dünger und Pestizide Fließgewässer auf rund 40 Prozent der Erdoberfläche gefährden und die Artenvielfalt reduzieren. Außerdem führt die Vergällung der Natur zu 60.000 Quadratkilometer großen Todeszonen in der Ostsee.

Gleichzeitig sind weltweit 805 Mio. Menschen vom täglichen Hunger bedroht und rund 2 Milliarden Menschen dauerhaft mangelernährt. Deutschland versucht verstärkt, seine Agrarexporte auszudehnen und zugleich die industrielle Agrarproduktion in den Entwicklungsländern voranzutreiben. Diese Politik überschwemmt die Entwicklungsländer mit billigen Lebensmitteln und zerstört ihre Märkte und landwirtschaftlichen Strukturen. Um die Sicherung einer ausgewogenen Ernährung zu

erreichen, muss das vorwiegend handelsbasierte „Konzept der Ernährungssicherheit“ zügig in das Konzept der „Ernährungssouveränität“ überführt werden. Nur dieses Konzept kann die Möglichkeit bieten, die weitgehende Eigenversorgung der Entwicklungsländer mit hochwertigen Nahrungsmitteln zu sichern und darüber hinaus auch eine größtmögliche ökonomische Unabhängigkeit der Landwirte in Entwicklungsländern zu sichern.

Auch hier vor Ort gräbt die ungerechte Agrarpolitik und der Preisdumping-Wettbewerb vielen Bäuerinnen und Bauern das Wasser ab. Die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft funktioniert nur auf Kosten von Tieren und Umwelt und zerstört gleichzeitig die bäuerlichen Strukturen in ganz Deutschland.

Das bedeutet auch ein Verlust ländlicher Kultur, die Bedrohung der Kulturlandschaft und eine Erosion des ländlichen Raumes.

Der dramatische Verlust landwirtschaftlicher Betriebe muss aufgehalten werden. Bäuerliche Betriebe müssen wieder besser von der Landwirtschaft leben können. Deutschland braucht mehr landwirtschaftliche Betriebe und nicht weniger.

Tatsache ist, dass seit 1999 etwa 40 Prozent der Betriebe aufgeben mussten. Fast die Hälfte der Milchviehbetriebe hat in den letzten 15 Jahren die Milcherzeugung eingestellt, in der Schweinehaltung haben sogar zwei von drei Betrieben aufgehört. Dies ging einher mit einer Konzentration der landwirtschaftlichen Erzeugung, Verarbeitung und des Lebensmittelhandels in immer weniger und dafür immer größeren Betrieben und Unternehmen. Zudem ballt sich die Intensivtierhaltung in wenigen Regionen.

Immer mehr Menschen haben diese Fehlentwicklungen satt. Bäuerinnen und Bauern beginnen, sich gemeinsam mit Verbraucherinnen und Verbrauchern, Umweltverbänden und Tierschützern zu wehren und für eine Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft zu streiten. Seit fünf Jahren demonstriert diese wachsende Bewegung unter dem Motto „Wir haben es satt“ gegen Industrieställe, Gentechnik und den zweifelhaften Einfluss von multinationalen Agrokonzernen wie Monsanto – mit und für die Bäuerinnen und Bauern. Jedes Jahr werden es mehr Menschen, die bei der Demonstration eine bessere und gerechtere Landwirtschaft fordern. In diesem Jahr waren es 50 000 Menschen.

Doch die Bundesregierung betreibt weiterhin eine Politik, von der nur wenige profitieren. Statt die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, bedient sie ungerührt die Interessen der Agrarindustrie und der Verbandsfunktionäre, aber nicht die der Gesellschaft. Mit unverbindlichen Tierschutzzusagen der Industrie will sie den immer lauter werdenden Unmut über die Zustände überdecken. Neue Zulassungen für Gentechnikaatgut lässt sie ungehindert passieren und bei der Frage nationaler Anbauverbote (opt out) vermeidet sie bundesweit einheitliche Regelungen. Damit nimmt sie einen Anbauflückerenteppich in Deutschland in Kauf und gefährdet die gesamte gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft. Sie verschleppt und verwässert die Reform der Düngeverordnung. Stattdessen fördert sie weitere Massentierhaltungsanlagen, schafft Hintertüren für Gen-Soja und treibt mit ihrer Politik für die Agrarindustrie reihenweise bäuerliche Betriebe in die Pleite.

Deutschland und Europa brauchen eine Agrarwende hin zu einer Landwirtschaft, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Die Gesellschaft will eine Landwirtschaft, die Tiere artgerecht behandelt, die das Klima schützt und die Artenvielfalt bewahrt. Eine Landwirtschaft, die Bäuerinnen und Bauern jenseits des „Wachsens oder Weichens“ eine Perspektive bietet.

Die Menschen wollen eine Politik, die Umweltleistungen und Tierschutz belohnt, anstatt sie zum Wettbewerbsnachteil zu machen. Sie wollen faire Arbeitsbedingungen statt Ausbeutung der Menschen in Agrarfabriken und Schlachthöfen. Sie wollen

eine Landwirtschaft fördern, die ohne Gentechnik, Antibiotikamissbrauch und umweltschädliche Pestizide arbeitet. Eine Landwirtschaft, die den Hunger in der Welt bekämpft und nicht verschärft, nicht Märkte zerstört, sondern Ländern hilft, sich angepasst zu entwickeln. Und eine Politik, die den regionalen und ökologischen Anbau stärkt statt auf Fleischexporte zu setzen. Eine Handelspolitik, die auf Fair-Trade setzt und das Recht auf Nahrung auch global durchsetzt. Eine Politik, die gute Lebensmittel fördert und für Verbraucherinnen und Verbraucher klar erkennbar macht, was sich hinter bunten Verpackungen verbirgt und woher das Fleisch wirklich stammt. Eine Politik, die durch die Förderung von regionalen und ökologischen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen faire Preise für die Bäuerinnen und Bauern sichert und Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum erhält.

Gerade im Rahmen der TTIP-Verhandlungen müssen Verbraucherinformationen und Kennzeichnungen von Lebensmitteln gesichert und gestärkt werden, statt diese als Verhandlungsmasse feil zu bieten, wie das Landwirtschaftsminister Schmidt im Fall des europäischen Herkunftsschutzes für regionale Spezialitäten oder mit Vorschlägen für intransparente Barcode-Kennzeichnungen für Gen-Food tut.

Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel. Die Agrarwende ist dringend notwendig. Vieles ist langfristig zu ändern, aber entscheidende Weichenstellungen können umgehend geändert werden. Die Bundesregierung muss deshalb sofort handeln.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf:

1. Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistung

bäuerliche Betriebe, die umwelt- und tierverträglich wirtschaften, zu unterstützen und

- umgehend eine Änderung des Direktzahlungsgesetzes vorzulegen, das die EU-Direktzahlungen auf 150 000 € pro Betrieb deckelt und 30 Prozent der Gelder für die ersten 46 ha umschichtet, um damit gezielt kleine und mittlere bäuerliche Betriebe zu unterstützen,
- über eine schnellstmögliche erhöhte Umverteilung in die sogenannte zweite Säule der Agrarpolitik die Agrarumwelt- und Tierschutzprogramme zu stärken, um die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft gezielter und besser zu unterstützen,
- in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) einen Förderschwerpunkt für den gezielten Aufbau regionaler und der bäuerlichen Landwirtschaft angepasster Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu verankern;

2. Massentierhaltung stoppen – Flächenbindung einführen

den Bau weiterer großer Massentierhaltungsanlagen und die Gefährdung des Grundwassers mit Nitrat zu stoppen und

- umgehend eine Änderung des Baugesetzbuches vor zu legen, die absolute Obergrenzen für Tierhaltungsanlagen vorsieht und nach der die Gemeinden den Bau weiterer Anlagen stoppen können, wenn die Zahl der Tiere maximal zwei Großvieheinheiten (entspricht zwei Kühen) pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche übersteigt sowie
- ein Düngegesetz und eine Düngeverordnung vorzulegen, die strikt nach dem Verursacherprinzip ausgerichtet sind und die für eine bessere Luft- und Wasserqualität sorgen;

3. Antibiotikamissbrauch stoppen

sowohl in der industriellen Massentierhaltung als auch in der Humanmedizin den ausufernden Antibiotikaeinsatz zu stoppen, der die zunehmende Ausbreitung resistenter Erreger fördert und die Gesundheit der Menschen gefährdet und deshalb

- umgehend eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes vorzulegen, um das Screening von Patienten mit multiresistenten Erregern zu verbessern und sich gemeinsam mit den Bundesländern für verbesserte Hygienestandards in Krankenhäusern und Heimen einzusetzen,
- eine Änderung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vorzulegen, die dafür sorgt, dass Tiere mehr Platz, Auslauf und Beschäftigung haben, um die Gesundheit der Tiere zu fördern und den Antibiotikaeinsatz zu reduzieren sowie eine Nutztierhaltungsverordnung für Puten einzuführen,
- eine Änderung des Arzneimittelgesetzes vorzulegen, die Reserveantibiotika aus den Ställen verbannt und Mengenrabatte beim Handel mit Antibiotika abschafft;

4. Gentechnikfreiheit schaffen

für die Äcker und Lebensmittel in Deutschland und Europa vollständige Gentechnikfreiheit zu schaffen, wie es die übergroße Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie die meisten Bäuerinnen und Bauern will und deshalb

- die Umsetzung der von der EU ermöglichten Anbauverbote in der anstehenden Novellierung des Gentechnikgesetzes bundeseinheitlich zu regeln und diese Anbauverbote auch konsequent bei allen zum Anbau anstehenden Genpflanzen auszusprechen und
- in der EU konsequent gegen die weitere Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen und für die Kennzeichnung von Lebensmitteln von mit Gentechnik gefütterten Tieren zu stimmen;

5. Gute Ernährung – ein Leben lang

allen Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, sich gesund zu ernähren, Betriebe, Institutionen sowie Kantinenbetreiber bei dieser Aufgabe zu unterstützen sowie insbesondere Kindern durch die Verpflegung in Kitas und Schulen von Anfang an ein gutes Essen zu ermöglichen und deshalb

- das Präventionsgesetz so nachzubessern, dass auch gesunde Ernährung in den Alltag von Kitas, Schulen, Unternehmen, Pflegeeinrichtungen und anderen Lebenswelten besser integriert werden kann,
- ihren Beitrag zu leisten, um die „Vernetzungsstellen Schulverpflegung“ langfristig finanziell abzusichern und diese gemeinsam mit den Ländern zu Kompetenzzentren auch für Kitas weiterzuentwickeln,
- einen Förderschwerpunkt Schulverpflegung in den nationalen Finanzinstrumenten wie der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz einzurichten, um die Entwicklung regionaler Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Belieferungsstrukturen für die Schulverpflegung voranzubringen und den Anteil regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel in der Schulverpflegung auszubauen;

6. Transparenz schaffen

das Recht zu stärken, dass Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, was sie essen, ohne dabei getäuscht zu werden und deshalb

- dafür zu sorgen, dass die Freihandelsabkommen CETA und TTIP so gestaltet werden, dass sowohl eine verbraucherfreundliche transparente Kennzeichnung von Gen-Food als auch regionale Kennzeichnungen gesichert werden;

- eine Haltungskennzeichnung für Fleisch analog zur Eierkennzeichnung einzuführen und im Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch die Grundlage für eine bundesweit einheitliche Hygienekennzeichnung in Restaurants zu schaffen,
- sich auf EU-Ebene für eine Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln einzusetzen, insbesondere für die Erweiterung der bestehenden Herkunftskennzeichnung für Fleisch auch auf Lebensmittel, bei denen Fleisch als Zutat verwendet wird
- ein Konzept für eine Nährwertampel vorzulegen und damit von der Möglichkeit der europäischen Lebensmittelinformationsverordnung Gebrauch zu machen, nach der Mitgliedstaaten den Lebensmittelunternehmen empfehlen können, eine zusätzliche Darstellung der Nährwertdeklaration zu verwenden,
- eine Reform der Lebensmittelbuchkommission zu beschließen, die unter anderem Leitsätze zur Herstellung und Zusammensetzung von Lebensmitteln festlegt, mit dem Ziel, die Arbeit dieses Gremiums transparenter zu machen, die Vertretung von Verbraucherinteressen zu stärken und die Aktualität von Leitsätzen anhand neuer Erkenntnisse regelmäßig zu überprüfen,
- eine Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes vorzulegen, die einen gesetzlichen Informationsanspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Unternehmen schafft und Transparenz insbesondere hinsichtlich Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und besonders ausgelobter Eigenschaften der Lebensmittel schafft;

7. Bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen

allen Menschen, die in der Landwirtschaft und Ernährungsindustrie und insbesondere in den Schlachthöfen der Fleischbranche arbeiten, menschenwürdige und zeitgemäße Arbeitsbedingungen sicherzustellen und deshalb

- die Abgrenzungskriterien zwischen Werkverträgen und Leiharbeit praxistauglich schärfen, damit Scheinwerkverträge besser identifiziert werden können. Gesetzlich muss klargestellt werden, dass wenn ein Werkvertrag als illegale Leiharbeit gerichtlich festgestellt wird, vermeintliche Werkunternehmer und ihre Auftraggeber auch bei Vorlage einer Verleiherlaubnis nicht besser gestellt werden dürfen als diejenigen, die unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung betreiben;
- dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten über ihren Anspruch auf Mindestlöhne in der Agrarbranche aufgeklärt werden. Dabei gilt es insbesondere sicherzustellen, dass Kost und Logis für entsandte Beschäftigte und Saisonarbeitskräfte verhältnismäßig sind, nicht mit dem Lohn verrechnet werden und die notwendige Ausrüstung für Arbeitskräfte durch den Arbeitgeber gestellt wird;
- die Personalausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit umgehend zu verbessern, damit auch die Fleischindustrie und Agrarbranche effektiv kontrolliert werden und Anreize gesetzt werden, die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu verbessern;

8. Entwicklungspolitik neu ausrichten

die Deutsche Entwicklungspolitik darauf auszurichten, die Agrarproduktion in vielen Entwicklungsländern zu verbessern, indem sie verstärkt die ländliche Entwicklung fördert, die bäuerliche Landwirtschaft unterstützt, die Lebensmittelversorgung dauerhaft verbessert und so dazu beiträgt, Arbeitsplätze zu erhalten und die Landflucht einzudämmen und deshalb

- die öffentlich-privaten Partnerschaften mit der Großindustrie zu beenden, die diesen Zielen widersprechen,
- ab sofort verstärkt die regionale Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu fördern,

- auf EU-Ebene gegen die kurz vor der Ratifizierung stehenden Handelsverträge zwischen der EU und Westafrika (EPA) zu stimmen und sich stattdessen für faire Handelsverträge einzusetzen,
- die Prinzipien der Ernährungssouveränität in ihrem entwicklungspolitischen Konzept zentral zu verankern.

Berlin, den 3. März 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

